



Gemeinde Nersingen

---

# **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung

**des Gemeinderates am  
Dienstag, 18.02.2020,**

im Sitzungssaal des Rathauses  
Rathausplatz 1  
89278 Nersingen

## Niederschrift

### **über die Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, 18.02.2020 im Sitzungssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 89278 Nersingen**

#### **Öffentliche Tagesordnung**

1. Genehmigung des öffentlichen Protokolls der Sitzung des Gemeinderates vom 21.01.2020
2. Abstimmungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Nersingen und "Der Grüne Punkt" - Duales System Deutschland GmbH
3. Entwurf des Bebauungsplanes "Kirchweg" - Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung / Billigung und Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der sonstigen Träger öffentlicher Belange
4. Bebauungsplan "Industriestraße" Satzungsbeschluss
5. Entwurf des Bebauungsplanes "ehemaliger MOB-Stützpunkt 2" mit paralleler 10. Flächennutzungsplanänderung / Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung / Billigung und Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der sonstigen Träger öffentlicher Belange
6. Abschluss einer Vereinbarung über die Nutzung von Flächen zum Betrieb eines Waldkindergartens
7. Antrag der CSU-Gemeinderatsfraktion;  
Modernisierung des Fahrradparkplatzes beim Bahnhof Nersingen
8. Installation dynamischer Fahrgastinformationssysteme (DFI)
9. Verschiedenes, Anfragen, Anregungen

**Anwesend**

Erster Bürgermeister Erich Winkler

**Gremiumsmitglieder:**

**Bemerkung:**

Xaver Gegenfurtner  
Axel Arbeiter  
Theodor Dirr  
Jakob Hügel  
Gerhard Jehle  
Fabian Kaimer  
Josef Klein  
Anja Mayer-Ley  
Franz jun. Merkle  
Jolanta Reichenberger  
Dr. Albert Riedl  
Christine Seidel  
Erich Spann  
Heinrich Sumser  
Dieter Wegerer  
Silvia Wäsniß

**Entschuldigt**

Sabine Krätschmer  
Martin Huber  
Heike Ritter  
Peter Saal

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:00  
Ende der öffentlichen Sitzung: 20:44

Alle Mitglieder wurden den Bestimmungen der Geschäftsordnung entsprechend ordnungsgemäß eingeladen. Gegen die vorgelegte Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch. Der Gemeinderat ist beschlussfähig, da die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.

**Tagesordnungspunkt 1:**

***Genehmigung des öffentlichen Protokolls der Sitzung des Gemeinderates vom 21.01.2020***

Anwesende Mitglieder: 17

Sachvortragender: Erster Bürgermeister Erich Winkler

**Beschluss:**

Der Gemeinderat genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2020

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Beschluss: 17

Gegen den Beschluss: 0

**Tagesordnungspunkt 2:**

***Abstimmungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Nersingen und "Der Grüne Punkt" -  
Duales System Deutschland GmbH***

Anwesende Mitglieder: 17

Sachvortragender: Erster Bürgermeister Erich Winkler

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Abstimmungsvereinbarungen zwischen der Gemeinde Nersingen und dem Dualen System Deutschland abzuschließen. Die Gelben Säcke werden wie bisher im Holsystem entsorgt.

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Beschluss: 17

Gegen den Beschluss: 0

**Tagesordnungspunkt 3:*****Entwurf des Bebauungsplanes "Kirchweg" - Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung / Billigung und Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der sonstigen Träger öffentliche Belange***

Anwesende Mitglieder: 17

Sachvortragender: Erster Bürgermeister Erich Winkler**Diskussionsverlauf:**

Gemeinderatsmitglied Erich Spann meldet sich als persönlich beteiligt. Der Gemeinderat stimmt hierüber ab.

**Beschluss:**

Gemeinderatsmitglied Erich Spann ist persönlich beteiligt.

Abstimmung: 16:0

**Beschluss:**

Die Äußerung wird zur Kenntnis genommen. Die Schwaben Netz GmbH wird rechtzeitig über die weiteren Planungsschritte informiert.

Abstimmung: 16:0

**Beschluss:**

Die Wasserversorgung, insbesondere die Abdeckung der Überlastungsspitzen werden übergangsweise durch die Wasserversorgung der Rauher Berg Gruppe sichergestellt. Darüber hinaus laufen bereits Planungen inkl. einer Wasserbedarfsprognose für den Bau eines weiteren Brunnens.

Abstimmung: 16:0

**Beschluss:**Fachbereich Forsten

Die Äußerung wird zur Kenntnis genommen.

Fachbereich Landwirtschaft

Die textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan enthalten bereits einen Hinweis zur Vorbelastung durch landwirtschaftliche Nutzflächen, die im Plangebiet zu dulden sind.

Das Monitoring zur Ausführung und dauerhaften Unterhaltung der Ortsrandeingrünung obliegt der Unteren Naturschutzbehörde.

Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens wurde die exakte Lage der nach Norden abfallenden Böschung eingemessen und in die Bebauungsplanzeichnung aufgenommen. Der

landwirtschaftliche Weg zur Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen auf Fl. Nr. 46 wurde entsprechend nach Süden verschoben. Die Erschließung des vorgenannten Flurstücks ist somit über den 4,0 m breiten landwirtschaftlichen Weg sichergestellt.

Abstimmung: 16:0

**Beschluss:**

Der Bebauungsplan wird um eine nachrichtliche Übernahme wonach für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes eine denkmalrechtliche Erlaubnis notwendig ist ergänzt. Das Bodendenkmal "Brandgräber der Urnenfelderzeit" wurde darüber hinaus in die Planzeichnung des Bebauungsplanes aufgenommen.

Abstimmung: 16:0

**Beschluss:**

Die Äußerung wird zur Kenntnis genommen. Die Lärmemissionen der südlich angrenzenden Staatsstraße wurden im Rahmen einer schalltechnischen Untersuchung geprüft und entsprechende Vorkehrungen zum Schutz der Wohnbebauung getroffen.

Abstimmung: 16:0

**Beschluss:**

Die Äußerung wird zur Kenntnis genommen. Die künftig in der Fortschreibung des Regionalplans Donau-Iller vorgesehene Mindestbreite der Grünzäsur wird durch die geplante Wohnbebauung nicht unterschritten. Eine darüberhinausgehende Expansion von Wohnbauflächen nach Osten, in die als Trenngrün ausgewiesene Freifläche ist derzeit nicht vorgesehen.

Abstimmung: 16:0

**Beschluss:**

Potenziale der Innenentwicklung

Vorhandene Potenziale der Innenentwicklung wurden im Vorfeld des Bauleitplanverfahrens geprüft. Sowohl im Ortsteil Unterfahlheim als auch im unmittelbar westlich an das Plangebiet angrenzenden Ortsteil Oberfahlheim ist die Gemeinde Nersingen weder Eigentümer von potenziellen Wohnbauflächen, die für eine Nachverdichtung herangezogen werden können, noch können diese zu einem wirtschaftlichen Preis zeitnah erworben werden.

Flächensparende Erschließungsformen

Dem Bebauungsplanvorentwurf liegt ein städtebaulicher Entwurf des Ingenieurbüros Ellendt zugrunde. Eine Erschließung der Grundstücke mit wesentlich geringerem ausfallendem Anteil an neu zu versiegelnden Flächen konnte nicht festgestellt werden.

Trenngrün östlich angrenzend

Die Äußerung wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere bauliche Entwicklung nach Osten in die als Trenngrün ausgewiesene Freifläche ist derzeit nicht vorgesehen.

Abstimmung: 16:0

**Beschluss:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sollte seitens der Gemeinde Interesse an einer Breitbandverkabelung bestehen wird sie sich im weiteren Verfahren mit der Vodafone Kabel Deutschland GmbH in Verbindung setzen.

Abstimmung: 16:0

**Beschluss:**

Der Bebauungsplan enthält bereits textliche Hinweise zur Löschwasserversorgung sowie zu Zufahrtsmöglichkeiten/ Rettungswege. Änderungen oder Ergänzungen sind nicht erforderlich.

Abstimmung: 16:0

Gemeinderatsmitglied Kaimer regt an, die Kreuzung im Süd-Westen des Baugebietes in die Verkehrsschau mit aufzunehmen.

**Beschluss:**

Immissionsschutz

Die schalltechnische Untersuchung wird im Rahmen der öffentlichen Auslegung vollständig vorgelegt.

Naturschutz und Landschaftspflege

Gehölzbestand an der B10

Zum derzeitigen Zeitpunkt steht die genaue Ausgestaltung der Lärmschutzeinrichtung (Lärmschutzwand oder Lärmschutzwand/wand Kombination) noch nicht fest.

Eine Verschiebung der Fläche für Lärmschutzmaßnahmen bzw. der Lärmschutzeinrichtung nach Norden, nördlich der Gehölze ist höchstwahrscheinlich durch die geringer ausfallende Lärmschutzwirkung der Lärmschutzeinrichtung nicht möglich, kann jedoch derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden.

Sollte ein Erhalt des Grünbestandes nicht möglich sein, wird die Lärmschutzeinrichtung beidseitig durch Bäume und Sträucher eingegrünt.

Auf eine Festsetzung zum Erhalt bestehender Bäume, Sträucher und sonstigen Bepflanzungen wird daher verzichtet.

Ortsrandeingrünung im Osten

Die Pflanzgebotsfläche wird in der Planzeichnung bemaßt und zur Verdeutlichung als private Grünfläche dargestellt.

Auf eine Ausgestaltung als öffentliche Grünfläche wird aufgrund eines erforderlichen öffentlichen mindestens 3m breiten Pflegeweges entlang der Pflanzgebotsfläche verzichtet. Das Monitoring zur Ausführung und dauerhaften Unterhaltung der Ortsrandeingrünung obliegt der Unteren Naturschutzbehörde.

Die Anzahl der festgesetzten Laubbäume innerhalb der Pflanzgebotsfläche wird auf 10 Laubbäume erhöht und die Pflanzgröße entsprechend reduziert. Darüber hinaus wird eine Grundstückseinfriedung lediglich auf der dem Garten zugewandten Innenseite der Pflanzgebotsfläche zugelassen.

Straßenraumbegrünung

Die textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan werden um eine Artenliste "Bäume Straßenraum" ergänzt und zahlreiche stadtklimafeste und anspruchslose Baumarten und -sorten (u.a. Baumhasel, Birne, Mehlbeere) unter der Artenliste 3 aufgenommen. Auf eine Aufnahme von Kleinbäumen in der Artenliste 3 der Straßenbäume wird verzichtet.

Die Stieleiche (Quercus robur) wird aufgrund der Anfälligkeit für den Eichenprozessionsspinner in der Artenliste 1 gestrichen.



Eine Auflistung von normalen Obstbäumen im Bereich des Straßenraums ist nicht vorgesehen und wird durch die künftige Artenliste 3 konkretisiert.

#### Artenliste 2

Die Artenliste 2 wird darüberhinausgehend überarbeitet und um mehrere Baumarten ergänzt.

#### Einfriedungen

Die örtlichen Bauvorschriften werden unter Ziffer 2.4.1 Einfriedungen entsprechend der Stellungnahme ergänzt.

#### Wasserrecht und Bodenschutz (Niederschlagswasserbeseitigung)

Eine Untersuchung der Untergrundverhältnisse im Plangebiet wird im weiteren Verfahren, im Zuge der Erschließungsplanung durchgeführt und bis zur Satzung des Bebauungsplans Aussagen zur Niederschlagswasserbeseitigung getroffen.

Abstimmung: 16:0

#### **Beschluss:**

##### Grünbestand im Süden

Es wird auf die Stellungnahme und den Beschlussvorschlag der Gemeinde zum Einwand des Landratsamtes Neu-Ulm verwiesen.

#### Regionale Obstbaumsorten

Die Artenlisten werden um eine Artenliste mit regionalen Obstbaumsorten ergänzt. Auf eine Auflistung einzelner Baumarten und Sorten wird jedoch verzichtet.

#### Artenschutz

Die artenschutzrechtlichen Erfassungen in Form einer artenschutzrechtlichen Prüfung liegen zwischenzeitlich vor und werden im Rahmen der öffentlichen Auslegung an die Träger öffentlicher Belange versandt.

Die darin geforderten Maßnahmen zur Vermeidung werden in den Bebauungsplan Entwurf in der Fassung vom 07.01.2020 aufgenommen.

Abstimmung: 16:0

#### **Beschluss:**

Dem Gemeinderat wird vorgeschlagen, die von der Verwaltung vorgenommene Abwägung der zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Äußerungen zu beschließen.

Weiterhin wird dem Gemeinderat empfohlen, den Entwurf des Bebauungsplanes mit Stand vom 07.01.2020 einschließlich seiner Begründung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beschließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Für den Beschluss: 16

Gegen den Beschluss: 0

**Tagesordnungspunkt 4:*****Bebauungsplan "Industriestraße" Satzungsbeschluss***

Anwesende Mitglieder: 17

Sachvortragender: Erster Bürgermeister Erich Winkler**Diskussionsverlauf:****Beschluss:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Schwaben Netz GmbH wird rechtzeitig über die weiteren Planungsschritte informiert.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Zur Abschätzung der bestehenden Lärmsituation wurde vom Büro IGI Consult eine schalltechnische Untersuchung erarbeitet. Ziel dieser Untersuchung war es zum einen, die im Umfeld bestehenden Betriebe durch die geplante Bebauung (Mischgebiet) nicht einzuschränken, sowie im Gegenzug, aufgrund der bestehenden Betriebe an der geplanten Wohnnutzung gesunde Wohnverhältnisse zu gewährleisten.

Ebenfalls wurde für den Vorentwurf des Bebauungsplans "MOB-Stützpunkt 2" eine schalltechnische Untersuchung erarbeitet, welche an der umliegenden schützenswerten Nutzung gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sicherstellen soll. Hierzu wurden im Bebauungsplan "MOB-Stützpunkt 2" Lärmkontingente festgesetzt, welche je nach Lage von evtl. schützenswerten Nutzungen mit Zusatzkontingenten versehen sind. Die geplante Nutzung innerhalb des Mischgebietes hat dabei jedoch keine Auswirkung auf die vergebenen Lärmkontingente, da aufgrund der bestehenden Bebauung schützenswerte Nutzungen (Wohnnutzung) näher an das Plangebiet heranrücken als das geplante Mischgebiet.

Eine Einschränkung der bestehenden sowie der geplanten Gewerblichen Nutzungen kann somit ausgeschlossen werden.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Bei Interesse wird Vodafone Kabel Deutschland rechtzeitig benachrichtigt.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Zur Abschätzung der bestehenden Lärmsituation der umliegenden Gewerbebetriebe auf das geplante Mischgebiet wurde bereits zum Vorentwurf des Bebauungsplans eine schalltechnische

Untersuchung durch das Büro IGI Consult erarbeitet. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass eine Einschränkung der bestehenden, umliegenden Gewerbebetriebe durch die Neubebauung nicht zu erwarten ist. Eine mögliche Erweiterung der bestehenden Betriebe kann ohne Vorlage einer konkreten Planung nicht berechnet werden. Der Nachweis muss im Zuge einer konkreten Planung dann von Seiten des Gewerbebetriebs erfolgen. Aufgrund der bereits bestehenden Wohnbebauung innerhalb und außerhalb des Plangebietes hat das festgesetzte Mischgebiet keine weitere einschränkende Wirkung auf die Entwicklung der Gewerbebetriebe.

Zum Vorentwurf des Bebauungsplans wurde durch das Büro IGI Consult eine schalltechnische Untersuchung erarbeitet und deren Ergebnisse in den Bebauungsplan eingearbeitet. Das Gutachten wurde im Zuge der frühzeitigen- sowie der öffentlichen Auslegung mit den Planunterlagen an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange versendet.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die von der Verwaltung vorgenommene Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB. Weiterhin beschließt der Gemeinderat den Bebauungsplan "Industriestraße" einschließlich Begründung jeweils in der Fassung vom 23.01.2020 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Beschluss: 17

Gegen den Beschluss: 0

**Tagesordnungspunkt 5:**

***Entwurf des Bebauungsplanes "ehemaliger MOB-Stützpunkt 2" mit paralleler 10. Flächennutzungsplanänderung / Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung / Billigung und Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der sonstigen Träger öffentlicher Belange***

Anwesende Mitglieder: 17

Sachvortragender: Erster Bürgermeister Erich Winkler

**Diskussionsverlauf:****Beschluss:**

Die Äußerung wird zur Kenntnis genommen. Änderungen an der Planung sind nicht erforderlich.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Die Äußerung wird zur Kenntnis genommen. Die Bayernets wird im weiteren Bauleitplanverfahren weiterhin beteiligt.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Erhaltung Wald gemäß Regionalplan Donau-Iller

Der vorrangigen Zielsetzung Wald aus ökologischen, ökonomischen und landschaftspflegerischen Gründen zu erhalten kann innerhalb des Plangebietes nicht nachgekommen werden.

Durch die im Bebauungsplan festgesetzte flächengleiche Ersatzaufforstung kann jedoch zumindest eine Schmälerung der Waldflächen in der Donau-Iller Region verhindert werden.

Zum einen handelt es sich bei den in Anspruch genommenen Flächen fast ausnahmslos um reine Nadelwaldbestände deren Wertigkeit auf alle Schutzgüter geringer ausfällt als die festgesetzte Ersatzaufforstung eines naturnahen Mischwaldes mit Krautsaum.

Zum anderen handelt es sich bei der bestehenden Waldfläche um eine ehemalige militärische Konversionsfläche innerhalb derer Altlasten und Kampfmittel nicht ausgeschlossen werden können.

Entsprechend der Stellungnahme des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nimmt die flächengleiche Ersatzaufforstung in regionalklimatisch wirksamer Nähe zum Rodungsgebiet eine befriedigende Kompensationswirkung ein.

Vermeidung bzw. Verringerung der Waldinanspruchnahme

Eine alternative Planung mit einer geringeren Waldinanspruchnahme innerhalb des Vorhabengebietes ist aufgrund des von der Forstbehörde geforderten Waldabstands zu baulichen Anlagen von ca. 20 m nicht möglich.

Planungsalternativen

Im Vorfeld der Bauleitplanverfahren wurden alle im Flächennutzungsplan der Gemeinde Nersingen ausgewiesenen gewerblichen Bauflächen geprüft. Im gesamten Gemeindegebiet verbleiben lediglich zwei größere zusammenhängende noch nicht bebaute gewerbliche

Bauflächen. Zum einen am westlichen Ortseingang, südlich der Bundesstraße 10 zum anderen nördlich der Römerstraße in Straß nordwestlich des gegenwärtigen Geltungsbereichs.

Beide Flächen befinden sich derzeit vollständig in Privatbesitz und können auf absehbare Zeit nicht erworben werden.

Um der vorliegenden Anfrage eines regionalen Metallverarbeitungsbetriebes nach einem zusammenhängenden großflächigen Gewerbegrundstück im Gemeindegebiet Nersingen nachkommen zu können stellten die Konversionsflächen des ehemaligen Mobilmachungsstützpunktes den geeignetsten Standort dar.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Die bestehenden Erdgasleitungen der Schwaben Netz befinden sich im Bereich öffentlicher Verkehrsflächen der Hauptstraße sowie der Bürgermeister-Seißler-Straße und sind somit jederzeit zugänglich.

Die Schwaben Netz wird im weiteren Verfahren als auch bei Baumpflanzungen im Bereich der Leitungen frühzeitig eingebunden.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Der Bebauungsplan enthält bereits einen Hinweis zum Umgang mit Bodendenkmälern. Dieser wird entsprechend der Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege angepasst.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Fachbereich Forsten

Der vorrangigen Zielsetzung des Waldfunktionsplanes, Wald aus ökologischen, ökonomischen und landschaftspflegerischen Gründen zu erhalten kann innerhalb des Plangebietes nicht nachgekommen werden. Da sich das Erhaltungsgebot nach Einschätzung des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten jedoch nicht auf einzelne Waldflächen, sondern auf den gesamten Walbestand bezieht kann dem Erhaltungsgrundsatz entsprochen werden.

Durch die im Bebauungsplan festgesetzte flächengleiche Ersatzaufforstung in regionalklimatisch wirksamer Nähe zum Rodungsgebiet spätestens nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes kann eine Schmälerung der Waldflächen in der Donau-Iller Region verhindert werden und nimmt eine befriedigende Kompensationswirkung ein.

Die flächengleiche Ersatzaufforstung als Laubmischwaldfläche mit vorgelagerten Wiesensäumen und breiten, höhengestuften Waldmänteln erfolgt auf einer Teilfläche des Flurstücks Nr. 1240 der Gemarkung Straß und wird parzellenscharf in die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes aufgenommen.

Darüber hinaus handelt es sich bei der in Anspruch genommenen Fläche um eine militärische Konversionsfläche innerhalb derer Altlasten und Kampfmittel nicht ausgeschlossen werden können und fast ausnahmslos aus reinen Nadelwaldbeständen besteht, deren Wertigkeit auf alle Schutzgüter geringer ausfällt als die festgesetzte Ersatzaufforstung eines naturnahen Mischwaldes mit Krautsaum.

Fachbereich Landwirtschaft:

Die Äußerung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde durch das Ingenieurbüro IGI Consult eine schalltechnische Untersuchung erarbeitet, welche an der umliegenden schützenswerten Nutzung gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sicherstellen soll.

Hierzu wurden unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Vorbelastungen der nördlich angrenzenden Gewerbebetriebe Lärmkontingente festgesetzt, welche je nach Lage von evtl. schützenswerten Nutzungen mit Zusatzkontingenten durch Richtungssektoren versehen wurden. Eine Einschränkung der ansiedlungswilligen Betriebe ist nicht gegeben.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die neuen Erkenntnisse aus der ergänzenden Altlastenerkundung aus dem Jahr 2009 wurden in die Planzeichnung und als nachrichtliche Übernahme in den Bebauungsplan aufgenommen.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Die Fläche für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung Elektrizität im Norden des Geltungsbereichs wird herausgenommen und als Gewerbegebietsfläche festgesetzt.

Zur planungsrechtlichen Sicherung, der Versorgung des Gewerbegebietes, mit Elektrizität, Gas, Wärme, Wasser und Abwasser dienenden Nebenanlagen werden diese als Ausnahme außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zugelassen.

Abstimmung: 17:0

**Beschluss:**

Potentiale der Innenentwicklung:

Im Gemeindegebiet verbleiben lediglich zwei größere zusammenhängende, noch nicht bebaute und im Flächennutzungsplan als gewerbliche Bauflächen ausgewiesene Bereiche.

Zum einen am westlichen Ortseingang, südlich der Bundesstraße 10 zum anderen nördlich der Römerstraße in Straß nordwestlich des gegenwärtigen Geltungsbereichs. Beide Flächen stehen derzeit aufgrund der Eigentumsverhältnisse für eine kurzfristige Entwicklung nicht zur Verfügung.

Um der vorliegenden Anfrage eines regionalen Gewerbebetriebes nach einem zusammenhängenden großflächigen Gewerbegrundstück im Gemeindegebiet Nersingen nachkommen zu können wurden alternative Standorte geprüft.

Um dennoch einer flächensparenden Siedlungsentwicklung gerecht zu werden, werden die im Flächennutzungsplan dargestellten gewerblichen Bauflächen nördlich der Tennisplätze in Straße sowie eine Teilfläche am westlichen Ortsrand südlich der Bundesstraße 10 künftig nicht mehr als gewerbliche Baufläche, sondern als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen.

Die dementsprechend erforderliche Flächennutzungsplanänderung wird im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Unzulässige Einzelhandelsagglomerationen:

Um eine unzulässige Einzelhandelsagglomeration auszuschließen werden Einzelhandelsbetriebe mit innenstadtrelevanten Sortimenten im Plangebiet, die an letzte Verbraucher verkaufen, aus besonderen städtebaulichen Gründen zum Schutz und zur Stärkung der Attraktivität und Einzelhandelsfunktion der Innenstadtkerne der Städte von Günzburg und Leipheim sowie der Ortskerne der Gemeinden Nersingen, Bibertal und Bubesheim ausgeschlossen.

Erhalt von Waldflächen in der Donau-Iller Region

Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Einwendung Nr. 3 des Regionalverband Donau-Iller verwiesen.

Abstimmung: 17:0

## **Beschluss:**

### Flächennutzungsplanänderung

Um eine nachteilige Auswirkung der Flächennutzungsplanänderung zu Lasten landwirtschaftlicher Nutzflächen zu verhindern werden die im Flächennutzungsplan dargestellten gewerblichen Bauflächen am nördlichen Ortsrand von Straß sowie einer Teilfläche am östlichen Ortsrand von Nersingen künftig als landwirtschaftliche Flächen ausgewiesen und stehen somit einer langfristigen Bewirtschaftung zur Verfügung.

### Bebauungsplan ehem. MOB-Stützpunkt 2 Wertigkeit der Fläche sowie Ausgleich

Die "geringe" Wertigkeit der vorhandenen Waldfläche, innerhalb des Geltungsbereichs bestehend aus fast ausschließlich Nadelgehölzen ohne natürlichen Waldsaum bedingt einen "geringen" naturschutzrechtlichen Ausgleichsbedarf.

Darüber hinaus ermöglicht die hochwertige naturschutzrechtliche Ausgestaltung der geplanten externen Ausgleichsfläche als Laubmischwaldfläche mit vorgelagerten Wiesensäumen und breiten, höhengestufteten Waldmänteln eine gleichzeitige Anerkennung als walddirektlicher sowie als naturschutzrechtlicher Ausgleich.

Der erforderliche flächengleiche Waldausgleich bedingt eine naturschutzrechtliche Überkompensation wodurch der naturschutzrechtliche Ausgleichsbedarf ebenfalls abgedeckt ist und keine zusätzlichen landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch genommen werden müssen.

### Ausgleich außerhalb landwirtschaftlicher Flächen

Das bayerische Waldgesetz formuliert den Grundsatz wonach Waldflächen erhalten bzw. darüber hinaus erforderlichenfalls vermehrt werden sollen.

Entsprechend der Stellungnahme des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nimmt eine flächengleiche Ersatzaufforstung in regionalklimatisch wirksamer Nähe zum Rodungsgebiet eine befriedigende Kompensationswirkung ein.

Durch die im Bebauungsplan festgesetzte flächengleiche Ersatzaufforstung kann eine Schmälerung der Waldflächen verhindert werden. Eine wald- und naturschutzrechtliche Aufwertung bestehender Waldflächen ist im bayerischen Waldgesetz nicht vorgesehen und somit nicht möglich.

### Aufwertung bestehender Werks- und Firmenflächen

Innerhalb des Gewerbegebietes liegt der Gemeinde Nersingen ein Ansiedlungswunsch eines regionalen Gewerbebetriebs vor, dass derzeit noch keine Betriebsgelände im Gemeindegebiet Nersingen vorweist. Die Umsiedelungsanfragen umfassen lediglich kleinere Handwerksbetriebe deren vorhandene Gewerbegebietsgrundstücke nicht annähernd ausreichen eine flächengleiche Ersatzaufforstung vorzunehmen.

Darüber hinaus ist eine Aufforstung auf bestehenden Werks- oder Firmenflächen der umsiedlungswilligen Betriebe aufgrund des gesetzlich vorgeschriebenen Waldabstands von 20 m zu bestehenden Siedlungsgebieten nicht möglich.

### Zunahme des Straßenverkehrs im Ortskern von Straß

Die künftige Erweiterung des Gewerbegebietes von Straß nach Osten im Bereich militärischer Konversionsfläche schafft ca. 7,1 ha neue Gewerbegebietsflächen.

Im Zuge der Gewerbegebietsausweisung wird am östlichen Rand eine Erschließungsstraße erstellt, die gleichzeitig als Umgehungsstraße von Straß fungiert und die Silheimer Straße im Süden mit der Römerstraße im Norden verbindet und den Ortskern von Straß entlastet.

Durch die Umgehungsstraße wird, der über die Bundesautobahn 8 von/nach Westen und Osten erfolgende Quell- und Zielverkehr das Plangebiet voraussichtlich über die Autobahnausfahrt 66 Leipheim und die Augsburger Straße von/nach Osten an-/ abfahren und den Ortskern von Straß nicht tangieren.

Lediglich der über die Bundesautobahn 7 (Ausfahrt 121 Nersingen) von und nach Süden/Norden, stattfindende Quell- und Zielverkehr wird das Plangebiet von/nach Westen über den Ortskern von Straß anfahren.

Das zu erwartende planbedingte Verkehrsaufkommen durch die Neuausweisung der Gewerbegebietsflächen wird bedingt durch die Zusammensetzung der Gewerbebetriebe als auch durch die Aufteilung des Ziel- und Quellverkehrs auf die Autobahnauffahrten im Osten (A7) und Westen (A8) zu keiner wesentlichen Verkehrszunahme führen.

Abstimmung: 17:0

### **Beschluss:**

#### *Immissionsschutz*

Die schalltechnische Untersuchung wird derzeit bearbeitet und bis zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB fertiggestellt und der Immissionsschutzbehörde im Landratsamt Neu-Ulm vorgelegt. Im Gutachten wird eine Aussage zur Gliederung der Gewerbegebietsflächen gemäß § 1 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO getroffen.

#### *Naturschutz und Landschaftspflege*

#### Waldrodung auf privater Grünfläche und Pflanzgebietsfläche

Eine Rodung der Waldflächen im Bereich der Pflanzgebietsfläche im Osten als auch im Bereich der privaten Grünfläche im Zentrum des Geltungsbereiches ist aufgrund der geforderten Abstandsflächen zwischen baulichen Anlagen und Waldfläche die je nach Ermessen bei ca. 20-30m liegt notwendig.

#### Ortsrandeingrünung

Die vorhandenen Grünstrukturen im Süden des Geltungsbereichs werden in eine künftige 5m breite Ortsrandeingrünung integriert.

#### Straßenbegleitende Baumpflanzungen

Die Anzahl der straßenbegleitenden Bäume innerhalb der Fläche für Verkehrsgrün wird deutlich erhöht. Ein Baumabstand im 8-10 Meter Raster innerhalb der Fläche für Verkehrsgrün ist aufgrund der Ausgestaltung als Versickerungsmulde sowie der Ein- und Ausfahrtsbereiche der Gewerbegebietsgrundstücke nicht möglich.

Darüber hinaus wird die Verlängerung der Hauptstraße sowie die Stichstraße im Süden ebenfalls um straßenbegleitende Baumpflanzungen ergänzt.

#### Hinweis (Weißtanne):

Die Weißtanne kommt im Bereich der Straßenabzweigung der Verlängerung der Hauptstraße und der in Nord-Süd Richtung verlaufenden Erschließungsstraße zum Liegen. Zum Erhalt der



Weißtanne wurde eine Variante mit Kreisverkehr (Innendurchmesser von 10m) und Grünfläche ausgearbeitet.

Da der Anlieferverkehr der Gewerbegebietsgrundstücke entlang der Hauptstraße, der beim Abbiegen die Gegenfahrbahn quert, also von Süden kommend in die Hauptstraße einbiegt oder von der Hauptstraße nach Norden abbiegt große Schleppkurven und einen unverhältnismäßig groß dimensionierten Kreisverkehr verursacht muss auf den Erhalt der Weißtanne verzichtet.

#### Wasserrecht und Bodenschutz:

Der Hinweis zur Niederschlagswasserbeseitigung unter Ziffer 4.6 wird entsprechend der Stellungnahme ergänzt.

Eine gezielte Versickerung von Niederschlagswasser in schadstoffhaltigem Untergrund ist nicht zulässig.

Abstimmung: 17:0

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die von der Verwaltung vorgenommene Abwägung der zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Äußerungen.

Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des Bebauungsplanes mit Stand vom 05.02.2020 einschließlich seiner Begründung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Für den Beschluss: 17

Gegen den Beschluss: 0

**Tagesordnungspunkt 6:**

***Abschluss einer Vereinbarung über die Nutzung von Flächen zum Betrieb eines Waldkindergartens***

Anwesende Mitglieder: 17

Sachvortragender: Erster Bürgermeister Erich Winkler

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss der Vereinbarung über die Nutzung von Flächen zum Betrieb eines Waldkindergartens zu.
2. Mit dem Träger des Waldkindergartens soll eine Vereinbarung abgeschlossen werden, in welcher die Rechte und Pflichten weitergegeben werden. Erster Bürgermeister Erich Winkler wird ermächtigt, diese Vereinbarung auszuarbeiten und zu unterzeichnen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Beschluss: 17

Gegen den Beschluss: 0

**Tagesordnungspunkt 7:**

***Antrag der CSU-Gemeinderatsfraktion;  
Modernisierung des Fahrradparkplatzes beim Bahnhof Nersingen***

Anwesende Mitglieder: 17

Sachvortragender: Erster Bürgermeister Erich Winkler

**Diskussionsverlauf:**

Gemeinderatsmitglied Dieter Wegerer fragt an, ob hier eine Leader-Förderung in Betracht kommen kann.

Dies soll im Rahmen einer Umsetzung geprüft werden.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem ADFC-Kreisverband Neu-Ulm Kontakt aufzunehmen, um im Bereich des Bahnhofs Nersingen weitere Fahrradboxen zu realisieren.

Weiterhin soll die Gemeinde die Möglichkeit prüfen, weitere Fahrradparkplätze, nach Möglichkeit überdacht, im Bereich des Bahnhofs zu errichten.

Für die Maßnahmen sollen Gelder in Höhe von 20.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Beschluss: 16

Gegen den Beschluss: 1

**Tagesordnungspunkt 8:**

***Installation dynamischer Fahrgastinformationssysteme (DFI)***

Anwesende Mitglieder: 17

Sachvortragender: Erster Bürgermeister Erich Winkler

**Diskussionsverlauf:**

Gemeinderatsmitglied Dr. Riedl bemerkt, dass es sich bei der angesprochenen Straße um die Bahnstraße und nicht um die Bahnhofstraße handelt. Der Beschluss wird dahingehend korrigiert.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Installation eines dynamischen Fahrgastinformationssystems (DFI) an der Bushaltestelle in der Bahnstraße in Nersingen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Beschluss: 17

Gegen den Beschluss: 0

**Tagesordnungspunkt 9:*****Verschiedenes, Anfragen, Anregungen***

Anwesende Mitglieder: 17

Sachvortragender: Erster Bürgermeister Erich Winkler

**Diskussionsverlauf:**

Gemeinderatsmitglied Wäsniß bezieht sich auf die Fahrbahnverengung am Ortsausgang Straß in Richtung Steinheim. Die Bepflanzung an dieser Stelle sei sehr verwildert und ungepflegt. Erster Bürgermeister Erich Winkler sagt zu, dass sich die Verwaltung um die Angelegenheit kümmern wird.

Weiterhin schlägt Gemeinderatsmitglied Wäsniß vor, die Geschenke von der Gemeindeverwaltung künftig um Fairtrade-Produkte zu ergänzen oder direkt von Hofläden in der Umgebung zu kaufen.

Gemeinderatsmitglied Klein bezieht sich auf die Anbringung der ehem. Spechtbäume aus dem Muna-Gebiet. Diese waren zwar eine naturschutzrechtliche Anordnung, erwecken jedoch einen unsicheren Eindruck und sehen wie Sturmholz aus.

Erster Bürgermeister Erich Winkler berichtet, dass dies Gemeindemitarbeiter Eisenlauer ebenfalls bereits aufgefallen ist. Es wird bereits nach einer Lösung gesucht.

Gemeinderatsmitglied Arbeiter verweist auf mehrere Mülleimer im Gemeindegebiet, die scheinbar länger nicht geleert worden sind. Zudem war der Bereich um eine Gaststätte in der Bahnstraße nach einer Veranstaltung am Wochenende stark verschmutzt. Er fragt, ob die Gemeinde auf den Pächter zugehen kann, damit dieser künftig um die Gaststätte herum auf Sauberkeit achtet.

Erster Bürgermeister Erich Winkler sagt dies zu.

Gemeinderatsmitglied Kaimer bezieht sich auf eine Beschwerde eines Bürgers hinsichtlich Lärmbelästigung durch Straßenverkehr. Zuständig wäre hier zwar u.a. das Landratsamt, allerdings würde nicht gehandelt werden.

Erster Bürgermeister Erich Winkler ist der Vorgang bekannt. Er sagt zu, sich die Korrespondenz zwischen Bürger und Ämter nochmals anzusehen.

Gemeinderatsmitglied Dr. Riedl spricht den Schulweg in Straß an. Aufgrund fehlender Querungshilfen wäre der Schulweg sehr gefährlich. Seitens verschiedener Bürger würde der Verwaltung Untätigkeit vorgeworfen.

Erster Bürgermeister Erich Winkler berichtet, dass es zu diesem Thema in der Vergangenheit mehrere Ortstermine gegeben habe. Der letzte Ortstermin mit der Polizei war vergangene Woche. Die Möglichkeit einer Querungshilfe hängt von verschiedenen Faktoren ab. Er weist darauf hin, dass die Gemeindeverwaltung eine Querung ausdrücklich befürwortet. Die Verwaltung wartet jedoch noch auf eine ausstehende Rückmeldung der Polizei, welche Lösungen möglich sind.

Die Vorwürfe, die Gemeinde würde eine Querung blockieren, weist er scharf zurück.

Nersingen, 19.02.2020

---

Erich Winkler  
Erster Bürgermeister

---

Fabian Sniatecki  
Schriftführer